
Gerd Bosbach

Demografische Entwicklung – nicht dramatisieren!



Prof. Dr. Gerd Bosbach, geb 1953 in Euskirchen, Studium der Mathematik in Köln, lehrt Statistik, Mathematik und Empirik an der Fachhochschule Koblenz, Standort Remagen. Berufserfahrung sammelte er u.a. im Statistischen Bundesamt (1988 bis 1991), dort vor allem in der Bonner Beratungsstelle für Ministerien und Bundestag, und in der Abteilung Statistik der Kassenärztlichen Bundesvereinigung.

In der politisch-ökonomischen Diskussion der letzten Monate spielte die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, veröffentlicht im Juni 2003, eine große Rolle. Die zu erwartende demografische Entwicklung dient als Hauptargumentation für Veränderungen im Rentensystem, aber auch für Einschnitte im Gesundheitswesen. Beispielhaft seien zwei Zitate aus dem Sommer 2003 genannt: „Wir Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit die drohende Überalterung unserer Gesellschaft verschlafen. Jetzt sind wir aufgewacht. Unsere Antwort heißt: Agenda 2010! Die Demografie macht den Umbau unserer Sozialsysteme zwingend notwendig.“ (Franz Müntefering, SPD-Generalsekretär). „Und wir müssen anerkennen und aussprechen, dass die Altersentwicklung unserer Gesellschaft, wenn wir jetzt nichts ändern, schon zu unseren Lebzeiten dazu führen würde, dass unsere vorbildlichen Systeme der Gesundheitsversorgung und Alterssicherung nicht mehr bezahlbar wären.“ (Bundeskanzler Gerhard Schröder)¹

Während über die Konsequenzen hart diskutiert und gestritten wird, gelten die Berechnungen der Statistiker selbst als unumstritten und gleich einem Naturgesetz wird angenommen, dass alles in 47 Jahren genau so eintritt.²

Dass diese Prognosegläubigkeit unberechtigt ist und auch von den Fachleuten des Statistischen Bundesamtes gar nicht so gesehen wird, wird zu erörtern sein. Und selbst, wenn die Vorhersagen so eintreffen würden, haben sie bei weitem nicht die Dramatik, die uns in den letzten Monaten vorgeführt wurde - wie Fakten und Sichtweisen, die von den Fachleuten des Amtes dargestellt werden, belegen.³

1 Zit. nach „Mythos Demografie“, Broschüre der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft, S. 1.

2 Die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes gehen bis zum 31.12.2050.

3 Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Presseexemplar.

Wesentliche Annahmen und Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung

Die wesentlichen Voraussetzungen und Modellannahmen für die Berechnungen sind:

1. Bevölkerungsstand und -aufbau zum 31.12.2001;
2. Konstanz der Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern pro Frau bis 2050⁴ (in den neuen Bundesländern erst ab 2011);
3. Zunahme der Lebenserwartung. Dazu wurden drei Varianten untersucht. Den meisten Veröffentlichungen, auch jenen des Amtes, liegt die mittlere Variante zugrunde. Danach wird die Lebenserwartung Neugeborener im Jahre 2050 rund 6 Jahre mehr betragen als heute (für Jungen 81,1 Jahre, für Mädchen 86,6 Jahre);
4. Saldo zwischen Zu- und Abwanderungen von Ausländern nach bzw. aus Deutschland. Auch dort wurden drei Varianten berechnet, wovon die mittlere Variante mit einem jährlichen Wanderungsüberschuss nach Deutschland von 200.000 Personen Grundlage der meisten Publikationen ist.

Mit diesen und einigen wenigen, vergleichsweise unbedeutenden Annahmen⁵ lässt sich der Bevölkerungsaufbau für alle Folgejahre berechnen. Schwerpunkt der öffentlichen Darstellung wurde auf das Jahresende 2050 gelegt, aber auch die Situationen an den Zwischenzeitpunkten 2010, 2020, 2030 und 2040 sind veröffentlicht.

„Die Alterung wird also nicht erst in 50 Jahren zu Problemen führen, sondern bereits in den nächsten beiden Jahrzehnten eine große Herausforderung für Wirtschaft, Gesellschaft sowie vor allem für die sozialen Sicherungssysteme darstellen. Diese Entwicklung ist vorgegeben und unausweichlich...“ So interpretierte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, die Ergebnisse anlässlich der Pressekonferenz zur Vorstellung der Modellrechnung am 6. Juni 2003.⁶

Die Zahlen, auf die sich Hahlen stützt:⁷

Tab. 1	
Auf hundert Menschen mittleren Alters (20 bis unter 60 Jahre) kommen	
	Ältere
2001	44
2050	78

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Aber stimmt das wirklich? Drei gewichtige, unten aufgeführte statistisch-logische Argumente wecken starke Zweifel.

So ist auch in einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom Tage der Veröffentlichung der Berechnung zu lesen: „Weil die Entwicklung der genannten Bestimmungs-

4 Dies entspricht in etwa der Geburtenhäufigkeit in Westdeutschland in den vergangenen 25 Jahren.

5 Wanderungsverhalten der Deutschen, Details über Geschlechts- und Altersstruktur der Zuwanderer, Angleichung der Lebenserwartung in den neuen Bundesländern an das Niveau in Westdeutschland.

6 <http://www.destatis.de/presse/pm2003/p2301022.htm>.

7 Datenquelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2050; 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5 („mittlere“ Variante); Statistisches Bundesamt; Presseexemplar vom 6.6.2003.

größen mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt 31.12.2001 immer unsicherer wird, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter. Sie sind für den jeweiligen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten keine Prognosen, sondern setzen die oben beschriebenen Annahmen um.“

Die Fachleute des Amtes wissen also nichts von der angeblichen Unausweichlichkeit der Entwicklung, wie sie der Jurist und politische Beamte Hahlen - direkt dem Bundesministerium des Innern unterstellt, in dem er vorher 18 Jahre lang tätig war - der entsetzten Öffentlichkeit präsentiert.

Aber selbst wenn die Modellrechnungen Wirklichkeit würden, zeigen vier Betrachtungen deutlich auf, dass die Folgen einer Alterung der Gesellschaft nicht zu Wohlstandsverlust führen müssen. Auch diese Variante stützt sich überwiegend auf Fakten, die die Fachleute des Amtes am 6. Juni der Presse übergeben haben, allerdings von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt.

Dass die Argumente statistischer Natur sind, sei der Profession des Autors geschuldet und ist auch beabsichtigt, um der behaupteten Unumstößlichkeit des statistischen „Naturgesetzes“ Demografie die Grundlage zu entziehen.

Argument 1: 50-Jahres-Prognosen⁸ sind moderne Kaffeesatzleserei

Ein Blick um 50 Jahre zurück bestätigt obige These eindrucksvoll: Zwangsläufig hätte man 1950 bei einer Schätzung für das Jahr 2000 u.a. folgende Einflussfaktoren übersehen müssen:

- Entwicklung und Verbreitung der Antibabypille;
- Anwerbung und Zuzug von ausländischen Arbeitskräften und ihren Familien;
- Trend zur Kleinfamilie bzw. Single-Dasein;
- Öffnung der Grenzen im Osten mit dem Zuzug von etwa 2,5 Millionen Aussiedlern aus den osteuropäischen Ländern nach Deutschland.

Auch die besten Berechnungsprogramme hätten nichts genutzt, denn auch diese können nur existierende, bekannte Trends fortschreiben. Strukturbrüche sind nicht vorhersagbar - das Problem jeder Langfristprognose!

Noch deutlicher wird die Problematik, wenn wir annehmen, im Jahre 1900 sei eine 50-Jahres-Prognose gewagt worden. Es wären schlicht zwei Weltkriege übersehen worden!

Wenn zutreffende 50-Jahres-Prognosen also in der Vergangenheit unmöglich waren, warum sollen sie in unserer schnelllebigen Zeit plötzlich wie Naturgesetze gelten?

Diese Einsicht teilen auch die Experten des Amtes, was allerdings in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wird.

Argument 2: Die Modellannahmen sind durch die Politik beeinflussbar

Politiker und Presse stellen die demografische Entwicklung als unveränderbar dar. Dabei sind zwei wichtige Annahmen des Berechnungsmodells direkt durch die Politik beeinflussbar:

⁸ Wegen der einfachen Lesbarkeit wird die Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes für 49 Jahre – Bevölkerungsstand Ende 2001 bis Ende 2050 – im folgenden oft als 50-Jahres-Prognose bezeichnet.

1. *Kinderanzahl pro Frau*: Mit familien- und kinderfreundlicher Politik, mit Berufschancen für Mütter lässt sich einiges bewirken. Das zeigt z. B. Frankreich, das mit entsprechender Politik die Anzahl der Kinder pro Frau von 1993 mit 1,65 zum Jahr 2000 auf 1,88 (plus 14 Prozent) steigern konnte.
2. *Wanderungsüberschuss*: Der Zuzug von Ausländern nach Deutschland ist ganz offensichtlich eine Frage der Ausländer-, Europa- und Integrationspolitik. So hängt der Zuzug von EU-Bürgern aus den neuen Beitrittsländern, vor allem nach der vollständigen Freizügigkeit für Arbeitnehmer, stark von der Attraktivität Deutschlands ab. Und allein die politische Entscheidung, die Türkei in die EU aufzunehmen, hätte immensen Einfluss auf den Bevölkerungsstand.

Zwei der drei wichtigen Stellschrauben des Rechenmodells sind also von der Politik abhängig und nicht umgekehrt.

Auch die dritte wichtige Modellannahme, der Anstieg der Lebenserwartung um ca. 6 Jahre, ist alles andere als eine sichere Prognose. Nicht nur Kinderärzte sind angesichts von Adipositas (Fettleibigkeit) bei ca. 25 Prozent der Kinder, Bewegungsarmut, frühzeitigem Konsum von Alkohol, Nikotin und Drogen, unsicher, ob der Trend tatsächlich langfristig in diese Richtung geht.

Argument 3: „Lebensdauer“ und Trefferquote von Bevölkerungsvorausberechnungen

Wegen der großen Unsicherheiten bei den Modellannahmen sieht sich das Statistische Bundesamt meist schon nach kurzer Zeit gezwungen, neue Berechnungen vorzunehmen. Die „Lebensdauer“ der letzten 9 koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen betrug im Schnitt 4 Jahre. Beispielsweise sind die letzten drei „alten“ Berechnungen in den Jahren 1992, 1994 und 2000 veröffentlicht worden. Zusätzlich wurde im Jahre 1995 eine Rechnung im Auftrag des Bundesministeriums des Innern durchgeführt und 1996 vom BMI veröffentlicht.

Zwei Schlaglichter belegen die großen Unsicherheiten bei Bevölkerungsprognosen:

- Das Amt errechnete in seiner 7. Vorausberechnung für das Jahr 2030 einen Bevölkerungsstand von 69,9 Millionen Einwohnern. Nur zwei Jahre später, in der 8. Vorausberechnung, lag der Wert je nach Variante um 3,8 bis 11,2 Millionen höher!
- In seiner 10. Vorausberechnung sind 9 Varianten berechnet und veröffentlicht worden. Die Spannbreite für die erwartete Bevölkerung für das Jahr 2050 reicht von 67,0 (Variante 1) bis 81,3 Millionen (Variante 9), beträgt also 14,3 Millionen Menschen. (Für die meist zitierte mittlere Variante 5 wurden 75,1 Millionen Bundesbürger errechnet.)

Allein diese Fakten zeigen, dass die von vielen Politikern und leider auch von vielen Journalisten als sicher beschriebene Entwicklung im höchsten Grade unsicher ist.

Wenn doch alles so Wirklichkeit wird

Trotz der oben geäußerten Unsicherheiten über die Entwicklung der Bevölkerung ist natürlich nicht auszuschließen, dass die zukünftige Realität in der Nähe der Vorausberechnungen

liegen kann. Dies hätte aber bei weitem nicht die dramatischen Auswirkungen, wie sie vielfach an die Wand gemalt werden. Das zeigen die folgenden Überlegungen anhand der Daten der Variante 5 der amtlichen Berechnung. Diese so genannte mittlere der neun gerechneten Varianten liegt auch den meisten Veröffentlichungen des Amtes und der Presse zugrunde.⁹

Übrigens wurden die meisten der folgenden Überlegungen auch von den Fachleuten des Amtes angestellt und in der ausführlichen Presseveröffentlichung dargestellt, z.T. leider etwas verschämt im Tabellenanhang.

Argument 4: Auch die Jungen wollen ernährt werden!

Bei so gut wie allen Betrachtungen zum Thema Demografie wird so getan, als wenn die erwerbsfähige Bevölkerung (meist als 20- bis unter 60-Jährige angenommen) nur ihre Alten zu ernähren hätte. Dass Kinder und Jugendliche neben Essen, Kleidung und Wohnen - oft von den Eltern finanziert - auch gesellschaftliche Ausgaben erfordern, z.B. für Kindergärten, Schulen, Gesundheit, inkl. Personal, wird meist nicht beachtet. Bei seriösen Betrachtungen darf nicht nur der Altenquotient, sondern muss auch der Jugendquotient dargestellt werden. Die Summe beider, der so genannte Gesamtquotient, ist eine aussagekräftige Größe über die von den Erwerbsfähigen zu versorgenden Menschen.

Aus der Veröffentlichung der Fachleute des Statistischen Bundesamtes, die sich diesem Gedanken nicht verschließen, sind die folgenden Daten entnommen.¹⁰

Tab. 2			
Auf hundert Menschen mittleren Alters (20 bis unter 60 Jahre) kommen			
	Ältere	Junge	Gesamt
2001	44	38	82
2050	78	34	112

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Während der Altenquotient um 77 Prozent steigt, ergibt sich für den Gesamtquotienten ein Plus von 37 Prozent. Die Dramatik hat sich allein bei Einbeziehung der jungen Generation in die Betrachtung schon halbiert.

Auch hier lohnt ein Blick in die Vergangenheit. 1970 gab es auf 100 Erwerbsfähige 60 Junge und 40 Ältere, also eine Gesamtzahl von 100. D.h. auch bei Eintreffen der Prognose des Statistischen Bundesamtes wächst die Zahl der zu Versorgenden bis 2050 nur um 12 Prozent gegenüber 1970!

⁹ Mittlere Annahme über die Zunahme der Lebenserwartung um 6,3 Jahre bei Männern und 5,8 Jahre bei Frauen und mittlere Annahme über das Wanderungssaldo: plus 200.000/Jahr

¹⁰ Datenquelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2050; 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung; Variante 5 („mittlere“ Variante); Statistisches Bundesamt; Presseexemplar vom 6.6.2003.

Argument 5: Sechs Jahre länger leben, keinen Tag länger arbeiten¹¹

Mit dieser zugegeben provozierenden Überschrift sei auf eine merkwürdige Blickverengung der Dramatisierer hingewiesen. Sie nehmen an, dass die Menschen deutlich länger leben, dass dadurch die Erwerbsfähigen überfordert sind, es also einen Arbeitskräftemangel gibt. Trotzdem gehen sie bei ihren Berechnungen von dem selben Renteneintrittsalter wie heute aus. Manche nehmen für heute und für 2050 dabei das offizielle Alter von 65, manche das tatsächliche durchschnittliche Renteneintrittsalter von 60 Jahren. Aber übereinstimmend wählen sie für 2003 und 2050 das selbe Alter!

Auch hier unterscheiden sich die Fachleute des Bundesamtes wohltuend. Sie berechnen auch eine Entwicklung, wonach heute bis 60 und 2050 bis 65 Jahre gearbeitet wird.¹²

	Ältere	Junge	Gesamt	Definition mittleres Alter
2001	44	38	82	20 bis unter 60 Jahre
2050	55	30	85	20 bis unter 65 Jahre

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Die Zahlen der amtlichen Statistiker aus obiger Tabelle sprechen für sich.

Damit soll nicht für eine generelle Anhebung des tatsächlichen Renteneintrittsalter um 5 Jahre plädiert werden. Aber den heutigen, vielfach durch Arbeitslosigkeit oder ihre Androhung verursachten Zustand der Frühverrentung auf das Jahr 2050 bei längerer Lebenserwartung und angeblichem Arbeitskräftemangel fest zu schreiben, ist schlichtweg unseriös. Und auch wenn das tatsächliche Renteneintrittsalter nicht auf 65, sondern auf 63 Jahre ansteigt, ist bei dieser Gesamtbetrachtung jegliche Dramatik der demografischen Entwicklung verloren gegangen.

Argument 6: Produktivitätsfortschritt erlaubt mehr Rentner

Die aktuelle Diskussion ist von einer statischen Betrachtungsweise geprägt. Die Leistungsfähigkeit eines heutigen Beschäftigten wird auch für das Jahr 2050 unterstellt. Nur so kann ein Anstieg der Zahl der zu ernährenden Rentner bedrohlich wirken. Damit wird ausgeblendet, dass aufgrund des technischen Fortschritts ein Arbeitnehmer immer mehr herstellen kann. Wie hoch die Arbeitsproduktivität steigt, kann niemand voraussagen. Die Werte der letzten Jahrzehnte zu unterstellen, wäre nicht seriös.

Um das Ausmaß von Produktivitätsentwicklung sichtbar machen zu können, beziehe ich mich im Folgenden auf die Prognosen der Herzog- und der Rürup-Kommission, rechne also weiterhin mit den niedrigen Zahlen der „Dramatisierer“.

11 Wegen der Verständlichkeit sind die unter Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnungen dargestellten Zahlen der Veränderungen der Lebenserwartung eines Neugeborenen benutzt. Korrekt muss mit der Prognose für die Lebenserwartung der 60-Jährigen argumentiert werden: 2050 für Männer +4,5 Jahre gegenüber heute, bei Frauen +4,7 Jahre.

12 Datenquelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2050; 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung; Variante 5 („mittlere“ Variante); Statistisches Bundesamt; Presseexemplar vom 6.6.2003.

Nach der Herzog-Kommission wird die Arbeitsproduktivität jährlich um 1,25 Prozent steigen, was in den Jahren von 2001 bis 2050 eine Gesamtsteigerung von 84 Prozent bedeutet.

Die Rürup-Kommission dagegen rechnet sogar mit einer jährlichen Steigerung von 1,80 Prozent, was im betrachteten Zeitraum eine Gesamtsteigerung von 140 Prozent zur Folge hätte.

Aufgrund dieser *Leistungssteigerung von mindestens 84 Prozent bis 2050* ist jeder Beschäftigte, der seinen Anteil an der gestiegenen Produktivität auch erhält, in der Lage, etwas mehr für Rentner und Kinder abzugeben, ohne selbst auf die Teilnahme am Fortschritt verzichten zu müssen. Eine Einschränkung, wie uns immer wieder eingeredet wird, ist wirklich nicht nötig.

Eine vereinfachte Überschlagsrechnung soll die immense Wirkung von Produktivitätssteigerungen verdeutlichen: Erhält heute ein Arbeitnehmer inkl. Sozialversicherungsanteil des Arbeitgebers 3000 Euro, so zahlt er etwa 600 Euro (20 Prozent) für Rentner. Es verbleiben ihm also 2400 Euro. Nach der niedrigeren Annahme der Produktivitätssteigerung um 1,25 Prozent (Herzog-Kommission) würden aus den 3000 Euro inflationsbereinigt 50 Jahre später 5583 Euro. Bei einer Steigerung des Abgabe-Satzes für Rentner auf 30 Prozent verblieben dem Arbeitnehmer immerhin noch satte 3908 Euro (plus 63 Prozent). Selbst bei einer völlig unrealistischen Verdoppelung des Beitrages auf 40 Prozent Rentenversicherung verblieben dem Arbeitnehmer mit 3350 Euro noch 40 Prozent mehr als heute. Von „unbezahlbar“ kann also gar keine Rede sein, wenn die Produktivitätssteigerungen auch anteilig an die Arbeitnehmer ausbezahlt werden.

Dabei ist noch nicht berücksichtigt: Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 60 Jahre, Einsparungen durch die ca. 30 Prozent weniger Kinder und Jugendliche, Abbau der Arbeitslosigkeit. Und angenommen wurde immerhin nur die niedrigste der von den Fachleuten prognostizierten Produktivitätssteigerungen.

Argument 7: Auswahl des „worst case“

Bei genauer Datenbetrachtung der Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes fällt auf, dass mit dem Datum 2050 die für die Prognose ungünstigste 10-Jahres-Stufe ausgewählt wurde. Wären die Berechnungen bis 2060 geführt worden, wären die heute geburtenstarken Jahrgänge der 30- bis 40-Jährigen - 2050 noch in nennenswerter Zahl Rentner - überwiegend verstorben. Das Zahlenverhältnis würde sich wieder zu Gunsten der Erwerbsfähigen verändern. Und für 2040 zeigen die Zahlen des Statistischen Bundesamtes ebenfalls eine günstigere Situation als für 2050.

War die Auswahl des Jahres mit der höchsten „Dramatik“ Zufall?

Zum Schluss ein paar ketzerische Fragen

Nach diesen harten statistischen Fakten, seien einige Fragen gestattet:

- Warum wurden diese viel zu langfristigen Rechnungen durchgeführt und werden nun fast täglich dramatisch vorgeführt?
- Versucht die Regierung tatsächlich bis zum Jahre 2050 zu planen? (Es entspräche einer Planung Adenauers im Jahre 1956 für heute!)

Man beachte also den Zusammenhang, in dem die „demografische Zeitbombe“ benutzt wird.

Während der ersten Lesung der Gesundheitsreform im Deutschen Bundestag am 9. September 2003 sagte Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt:¹³ „Diese Solidarität unter veränderten ökonomischen Bedingungen in einer globalisierten Welt, aber auch angesichts der veränderten demographischen Entwicklung zu gewährleisten, ist unsere Aufgabe. Dass wir alle glücklicherweise immer älter werden und die Lebenserwartung steigt, auf der anderen Seite aber zu wenig Kinder geboren werden, ist die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts.“ (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So oder ähnlich wird heute jedes Mal argumentiert, wenn *wegen aktueller Probleme* in das Gesundheits- oder Rentensystem eingegriffen wird. Dabei hat das Statistische Bundesamt die deutliche Auswirkung der Alterung erst für die Jahre nach 2020 berechnet. Bis 2010 steigt der Altenquotient so gut wie gar nicht, bis 2020 moderat.

Und damit zur letzten ketzerischen Frage: Soll mit dem „Hammer“ Demografie von einem ganz anderen Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen abgelenkt werden? Will man die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer langfristig von der Teilhabe am Produktivitätsfortschritt abkoppeln? Dann wären die Arbeitnehmer tatsächlich nicht so leicht in der Lage, die Versorgung der Jungen und Älteren zu übernehmen. Das hätte allerdings weniger mit den „unausweichlichen“ Folgen des Alterungsprozesses zu tun, sondern wäre eine bewusste politische Entscheidung hinsichtlich der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

13 http://www.bmgs.bund.de/deu/gra/aktuelles/reden/bmgs/index_3742.cfm